



NEWSLETTER I / 2016

NORD|SÜD *news*



Foto: Ben Grey/flickr, CC BY-SA 2.0*

PPP in der Bildung: Wer entscheidet, wer hier was lernt? Schule in Ghana

Öffentlich-Private-Partnerschaften – PPP

„Meist wird so getan, als sei es eine Win-Win-Situation“

Regierungen finanzieren Entwicklungshilfe nicht mehr nur aus öffentlichen Geldern, sondern kooperieren mit Unternehmen wie Bayer. „Die These, dass nur die Privaten profitieren, wäre aber verkürzt“, meint Oxfam-Experte David Hachfeld. Damit ein Projekt gut sei, müsse die Zielgruppe jedoch früher eingebunden werden.

Nord|Süd news: Herr Hachfeld, in der Entwicklungspolitik werden Kooperationen zwischen privaten Unternehmen und öffentlichen Institutionen immer wichtiger. Die Ausgaben für solche Projekte sind laut OECD von 2007 bis 2010 von 230 Millionen auf 903 Millionen US-Dollar gestiegen. Was versprechen sich Regierungen von diesen sogenannten PPP?

David Hachfeld: Erstens wollen Staaten Entwicklungshilfe nicht komplett aus öffentlichen Geldern finanzieren. Zweitens wollen Regierungen die Entwicklungspolitik als Instrument der Wirtschaftsförderung nutzen. Beides ist sehr problematisch. Staaten schleichen sich aus der Verantwortung, und es besteht die Gefahr, dass die Entwicklungshilfe für private Interessen instrumentalisiert wird.

Welchen Stellenwert haben PPP bisher in der Entwicklungspolitik?

Zwar fließt von der klassischen Entwicklungshilfe bisher nur ein geringer Teil in PPP. Aber in der politischen Diskussion wird PPP sehr überhöht. Die deutsche Regierung geht seit etwa zehn Jahren

Weiter auf Seite 2



Inhalt

Titel

- | Öffentlich-Private-Partnerschaften: „Meist wird so getan, als sei es eine Win-Win-Situation“ S. 1f

Kommentar

- | Gewerkschaften müssen Spielräume nutzen S. 3

Öffentlich-Private-Partnerschaften (PPP)

- | Landwirtschaft: Besserer Reis, mehr Agrochemie S. 4
- Schule: Geschäftsmodell Schule S. 5
- Wasser: Mehr Lecks, höhere Preise – So geht es nicht S. 6
- Unternehmensverantwortung: Nagelprobe Textilbündnis S. 7

Wirtschaft und Menschenrechte

- | „Freiwilligkeit der Unternehmen bringt nicht viel“ S. 8

In Kürze

- | Neue Broschüre „Moderne Sklaverei“; SDGs: Jetzt sind wir dran!; Die Welt der Rohstoffe; Union Busting in Kambodscha; Showdown bei TTIP und CETA
Impressum S. 9

Fortsetzung von Seite 1

stark in diese Richtung. Die Tatsache, dass der Privatsektor beteiligt wird, scheint manchmal wichtiger zu sein als die entwicklungspolitischen Ziele, die man erreichen will.

Wer sind die privaten Partner?

Das sind überwiegend deutsche und europäische Großunternehmen, afrikanische und asiatische sind meist nicht beteiligt. In der Landwirtschaft sind Bayer und BASF sehr aktiv, auch mittelständische Saatgutunternehmen oder Maschinenbauer. In anderen Bereichen spielen auch Handelsketten wie Metro und Lebensmittelverarbeiter eine Rolle.

gestellt, dass dort hauptsächlich den Interessen der Unternehmen Rechnung getragen wird, die etwa ihre Absatzzahlen im Bereich Agrochemie steigern wollen. Die betroffenen Menschen wurden aber nicht an der Entwicklung der Projekte beteiligt.

Beispielsweise bei der Initiative „German Food Partnership“ der Bundesregierung und 30 Unternehmen. Dabei geht es um den Anbau von Reis in Asien und Afrika sowie von Kartoffeln in Afrika. In diesen Projekten werden Kleinbauern geschult. Dabei dominiert jedoch eine agrarindustrielle Perspektive, die vor allem auf den Einsatz vermeintlich besseren Saatguts oder



Gut, wenn vor Ort geschult

Foto: EIFL/flickr, CC BY 2.0

Welche Rolle spielt die Finanzbranche?

Die bei PPP am stärksten beteiligte Bank ist die öffentlich rechtliche Kreditanstalt für Wiederaufbau. Mit der deutschen Investitions- und Entwicklungsgesellschaft investiert sie stark in solche Projekte. Auch Privatbanken wie die Deutsche Bank sind aktiv. Sie hat etwa zusammen mit der GIZ einen Investmentfonds aufgelegt, der in Landwirtschaft investiert. Die Allianz beteiligt sich an einem Projekt zu Mikroversicherungen.

Wer profitiert von den Projekten?

Meistens wird so getan, als sei es eine Win-Win-Situation, bei der ein entwicklungspolitisches Anliegen mit einem Unternehmensinteresse kombiniert wird. Aber oft kommen vor allem Unternehmensinteressen wie der Marktzugang zum Tragen. Häufig wäre das Geld in einem öffentlichen Entwicklungsprogramm besser investiert. Damit könnte sichergestellt werden, dass die entwicklungspolitischen Ziele im Vordergrund stehen. Aber die These, dass nur die Privaten profitieren, wäre verkürzt. Es kann durchaus einzelne Kooperationen geben, bei denen beide Seiten etwas davon haben.

„Meistens wird so getan, als sei es eine Win-Win-Situation.“

Wie müsste ein gutes Projekt aussehen?

Bei einem guten Projekt wird gemeinsam mit den von Armut betroffenen Menschen oder deren Organisationen ein Ziel festgelegt. Erst wenn das Konzept und die Maßnahmen feststehen und es sinnvoll erscheint, private Partner mit ins Boot zu holen, werden passende Unternehmen als Kooperationspartner gesucht. Meistens ist es aber umgekehrt: Zuerst ist der private Partner da, dann wird ein Konzept entwickelt und schließlich die Zielgruppe gesucht.

Das Interview führte Anja Krüger.

 David Hachfeld ist Referent für Wirtschaft und Globalisierung bei Oxfam.



Foto: Ollivier Girard / Center for International Forestry Research (CIFOR)/flickr, CC BY-NC 2.0

Um die Zielgruppe geht es als letztes. Kartoffelbauer in Burkina Faso

Wo genau werden PPP angewandt?

Für PPP gibt sehr unterschiedliche Modelle, meist im Bereich der Landwirtschaft, des Gesundheitswesens und im Staudamm-, Straßen- und Flughafenbau. Die Bundesregierung fördert mit „develoPPP“ ein Programm, bei dem es überwiegend um kleinere Projekte mit wenigen 100.000 Euro Förderung geht. Aber es gibt den Trend zu deutlich größeren Projekten im zweistelligen Millionenbereich und darüber.

Was halten Sie von diesen PPP?

Oxfam hat in einer Studie PPP-Maßnahmen in der Landwirtschaft untersucht. Wir haben fest-

besserer Pestizide setzt, während agrarökologische Anbauverfahren, mit denen auf natürliche Art die Bodenfruchtbarkeit verbessert werden kann, höchstens am Rande vorkommen.

„In Projekten wie beispielsweise der Initiative ‚German Food Partnership‘ werden Kleinbauern geschult. Dabei dominiert jedoch eine agrarindustrielle Perspektive, die vor allem auf den Einsatz vermeintlich besseren Saatguts oder besserer Pestizide setzt.“



Gewerkschaften müssen Spielräume nutzen

Der Entwicklungshilfe fehlt Geld. Nun sollen private Firmen Geld geben. Das ist ein gefährlicher Weg. GewerkschafterInnen können ihn nicht einfach so mitgehen.

Das große Versprechen gibt es schon lange: 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens will jedes Land weltweit für Entwicklungshilfe ausgeben. Die Vereinten Nationen haben dies bereits 1978 vereinbart. Tatsächlich erfüllt aber kaum ein Land den eigenen Anspruch. Die OECD-Staaten geben kontinuierlich weniger Geld aus, engagieren sich weniger. So verfehlen die Vereinten Nationen auch ihr selbstgestecktes Ziel, Armut, Hunger und soziale Ausgrenzung zu beenden. Gefragt ist mehr öffentlicher Einsatz. Die internationale Gemeinschaft setzt aber lieber eine andere Erzählung in die Welt – eine über die Bedeutung der privaten Wirtschaft in der Entwicklungspolitik.

Noch immer gilt das Wirtschaftswachstum als wichtigster Indikator für die Entwicklung eines Landes. Dahinter steckt das Denkmuster des freien Marktes und Neoliberalismus. Mit der Globalisierung sind die Märkte weltweit geöffnet worden, ging es immer darum, so billig wie möglich zu produzieren. So sind fundamentale Menschen- und ArbeitnehmerInnenrechte – auch solche die in Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO festgelegt sind – in den ärmeren Ländern systematisch verletzt worden.



Foto: Mai Ky/World Bank/flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Arbeit muss auch Gute Arbeit sein: Wer kontrolliert die Arbeitsbedingungen in PPP?

Gewerkschaften werden dort oft ausgeschlossen, wenn es um Entwicklungspläne oder um internationale Vereinbarungen geht. Einen Sozialdialog, umfassende Konsultationen gibt es nicht. Die Agenda Gute Arbeit ist nur ein Begriff in den Strategiepapieren der UN und EU – nötig, aber leider nicht praktikabel in der Welt des freien Marktes, der Exportproduktionszonen und Outsourcings.

In dieser Welt soll der profitorientierte Wirtschaftssektor ein Akteur im Kampf gegen Armut, gegen soziale Ausgrenzung und für die Stärkung der Menschenrechte in der Entwicklungspolitik sein? Das ist nicht zu verstehen. Zu groß ist das Risiko, dass wieder nur einseitig der rein wirtschaftliche Gewinn gesehen wird, aber nicht der faire und gemeinschaftliche Nutzen, den Gewerkschaften mit in den Blick nehmen. Leicht kann dann die nachhaltige Entwicklung vor Ort auf der Strecke bleiben.

Es gibt vor allem zwei Probleme, wenn Unternehmen öffentliche Aufgaben übernehmen sollen. Das erste ist grundsätzlich. Die Interessen der Privatwirtschaft stehen den Zielen der Entwicklungshilfe und denen der Vereinten Nationen offensichtlich entgegen. Das zweite ist praktischer Natur: Wer kontrolliert, ob die privaten Firmen entsprechend der Ideen der Entwicklungszusammenarbeit und der Bedürfnisse des jeweiligen

Landes handeln? Respektieren sie die Prinzipien und Werte internationaler Übereinkommen, etwa der nachhaltigen Entwicklung?

Es ist falsch, dass Gewerkschaften nicht in die öffentlich-privaten Partnerschaften einbezogen sind. Der Tripartismus der ILO, also die Zusam-

„Die Interessen der Privatwirtschaft stehen den Zielen der Entwicklungshilfe und denen der Vereinten Nationen offensichtlich entgegen.“

menarbeit von politischen Akteuren, ArbeitgeberInnen und Gewerkschaften, wäre angemessener und konstruktiver. Doch müssen sich GewerkschafterInnen mit dem jetzigen Ansatz abfinden. Eine gewichtige Rolle können sie trotzdem spielen. Dafür müssen sie jeden internationalen und nationalen Spielraum nutzen und immer wieder die ILO-Kernarbeitsnormen als Voraussetzung für öffentlich-private Partnerschaften einfordern: Sozialdialog einführen, Gewerkschaften am Arbeitsplatz zulassen, die Stimmen der ArbeitnehmerInnen hören.

Es sind diese Grundsätze, an denen sich zuallerst messen lässt, welchen Beitrag öffentlich-private Partnerschaften zur Entwicklung eines Landes tatsächlich beitragen – jenseits der Theorie.

Sergio Bassoli; Übersetzung: Hanna Gersmann



Der Autor ist beim italienischen Gewerkschaftsbund CGIL, für Nordafrika, den Mittleren Osten und Lateinamerika zuständig.



Sergio Bassoli



Besserer Reis, mehr Agrochemie

Für die wachsende Bevölkerung in Asien ist Reis ein wichtiges Nahrungsmittel. Doch die Erträge stagnieren. Das will die Better Rice Initiative Asia ändern – und ist besonders umstritten.

Im Kampf gegen Armut und Hunger räumt die Bundesregierung Unternehmen oft eine Schlüsselstellung ein. Im Idealfall können diese Public Private Partnerships, die PPPs, öffentliche Investitionen sinnvoll ergänzen. Aber wie sieht es in der Praxis aus? Wer profitiert: die beteiligten internationalen Konzerne oder die Bauern vor Ort?

Eines der kontrovers diskutierten Beispiele für ein PPP-Projekt, das das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fördert: die Better Rice Initiative Asia, kurz: BRIA. Sie gehört zur 2013 begonnenen „German Food Partnership“ (GFP), einem auf Länder in Afrika und Asien verteilten PPP-Programm zum verbesserten Anbau von Reis, Kartoffeln und Ölsaaten. Mit der Initiative für besseren Reis in Asien soll in verschiedenen Regionen in Indonesien, auf den Philippinen, in Vietnam und in Thailand die Reisproduktion beispielhaft gefördert und so das Einkommen von 28.500 Kleinbauern erhöht werden. Langfristig sollen sich dann NachahmerInnen finden.

Reis ist in Südostasien das wichtigste Grundnahrungsmittel. Doch während die Bevölkerung wächst, stagnieren vielerorts die Erträge. „Viele Kleinbauern produzieren hauptsächlich für ihren eigenen Bedarf. Sie haben kaum Zugang zu lokalen oder regionalen Märkten und zu geeigneten Produktionsmitteln wie Maschinen, Saatgut oder Düngemitteln“, heißt es in der Programmbeschreibung der mit der Durchführung beauftragten bundeseigenen Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ).

Private Partner bei BRIA sind der Chemiegigant BASF, der Chemie- und Saatgutkonzern Bayer, der weltgrößte Düngemittelhersteller Yara und das niederländische Chemieunternehmen Royal DSM. Von 2014 bis 2017 fließen knapp 10 Millionen Euro in das Programm. 30 Prozent davon stammen aus öffentlichen BMZ-Mitteln, der Rest kommt von den beteiligten Unternehmen.

Die Idee: Bauern werden vor allem in modernen Anbautechniken geschult. Die GIZ und ihre privaten Partner verstehen darunter vor allem eine industrialisierte Agrarproduktion, die auf Hybrid-

saatgut, Kunstdünger und chemische Pflanzenschutzmittel (Pestizide) setzt. Das umstrittene Hybridsaatgut – Bayer ist bei Reis Weltmarktführer – verspricht höhere Erträge. Es nimmt den Bauern aber die Möglichkeit, aus ihrer Ernte selbst Saatgut herzustellen, und macht sie – auch aufgrund der bei Hybridsorten benötigten großen Mengen an Pestiziden und Kunstdünger – abhängig von der Chemieindustrie.



Foto: © Dennis Jarvis/flickr, CC BY-SA 2.0

Wird ihnen die Better-Rice-Initiative helfen? – Arbeiterin in einem Reisfeld in Vietnam

„In der Region waren die Bauern aus gesundheitlichen Gründen schon selbst auf dem Weg, weniger Pestizide einzusetzen“, sagt Marita Wiggerthale von der PPP-kritischen Entwicklungsorganisation Oxfam Deutschland. Jetzt drohe der Trend wieder umgekehrt zu werden, meint sie: „Bayer und BASF sehen PPP als strategisches Mittel, um Hybridreis zu vermarkten. Sie sind schon auf den Märkten präsent, aber bekommen jetzt noch einmal Kontakte und zusätzliche Kunden. Als offizielle Partner der deutschen Regierung öffnen sich ihnen jetzt auch politische Türen.“

Zwar geht es auch um den gezielteren Einsatz von Pestiziden, doch für Wiggerthale sind die Schulungen „eine einzige Pestizidwerbung“. Denn: „Alternativen zum Pestizideinsatz werden nicht im gleichen Maß thematisiert, oft überhaupt nicht.“ Oxfam hatte dies schon von Anfang an befürchtet. „Die Informationen, die wir seitdem bekommen haben, bestätigen unsere anfängliche Kritik“, so Wiggerthale.

„Bayer und BASF sehen PPP als strategisches Mittel, um Hybridreis zu vermarkten.“

Sie berichtet von Schulungen in Thailand, bei denen die Chemiekonzerne nicht nur warben, sondern anschließend die TeilnehmerInnen direkt kontaktierten und ihnen ihre Produkte anboten. Die Bundesregierung spricht in einer Antwort auf eine Bundestagsanfrage der Grünen von „produktneutralen“ Schulungen, räumt aber ein, dass dabei Inputs „vorgeführt und miteinander verglichen“ würden.

Für einen zentralen Fehler halten Oxfam und andere Kritiker die mangelnde Beteiligung der eigentlichen Zielgruppe an der Programmgestaltung: Kleinbauern werden demnach nur als Empfänger technischer, von Chemie-Konzernen erarbeiteter Lösungen gesehen. Die Bundesregierung widerspricht dem in ihrer Antwort auf die Bundestagsanfrage, nennt aber keine Details.

Ein philippinischer Bauernaktivist, der nicht namentlich genannt werden möchte, berichtet, dass er nur Informationen über BRIA erhalten konnte, nachdem er sich dem Programm angeschlossen hatte. Einfluss hatte er dann aber auch nicht. Er beschreibt BRIA als „Marketinginstrument der beteiligten Konzerne, die damit Einfluss auf die lokale Agraradministration bekommen“.

Sven Hansen



Der Berliner Journalist arbeitet regelmäßig über Asien.



Geschäftsmodell Schule

Liberia ist das erste Land der Welt, das sein komplettes Bildungssystem in die Hand einer US-Firma geben will. Kann das klappen?

2013 errang der Bildungsstandard in Liberia traurige Berühmtheit, als 25.000 SchulabgängerInnen an der Aufnahmeprüfung einer staatlichen Hochschule scheiterten. Auch deshalb berief Präsidentin Ellen Johnson Sirleaf 2014 George Werner als Bildungsminister. Er sollte das desolote Schulsystem reformieren.

Im Januar kündigte der Minister an, bis 2021 sämtliche Vor- und Grundschulen des Landes von einem gewinnorientierten Konzern führen zu lassen. Ab September wird das US-Unternehmen Bridge International Academies erst in 50 Pilot-schulen, dann in allen Vor- und Grundschulen des Landes den Unterricht konzipieren. Dafür nimmt der Staat die Firma in einem klassischen Public Privat Partnership (PPP) unter Vertrag. 65 Millionen US-Dollar kostet das ambitionierte Privatisierungsexperiment und es könnte ein Signal in die Welt senden: Auf dem Zukunftsmarkt Afrika

Es sei paradox, dass der Staat es nicht schaffe, jedem Kind eine kostenlose Schulbildung zu ermöglichen, aber das Geld habe, um ein Subunternehmen damit zu beauftragen.

Schon jetzt bietet Bridge Academies eine Alternative zu staatlichen Schulen. In Uganda und Kenia hat der Konzern nach eigenen Angaben bereits 400 Schulen gebaut. 100.000 SchülerInnen lernen dort. 2025, träumt Firmengründer Jay Kimmelman, werden 10 Millionen Kinder seine „Kunden“ sein. Kein unrealistisches Szenario: In der Subsuhara-Zone gehen 30 Millionen Kinder im Grundschulalter nicht zur Schule, weil sich die Familien die Schulgebühren nicht leisten können. Laut UN leben zwei Drittel der Menschen in diesen Ländern von weniger als zwei US-Dollar pro Tag. Sie alle sollen potenzielle Bridge-Kunden sein? Für rund 6 US-Dollar im Monat, verspricht der Konzern, bekommen die Kinder eine hochwertige Schulbildung: 6 Tage die Woche, 40 bis 50 MitschülerInnen und garantierte Unterrichtsqualität. Dazu gehören die vorgefertigten Unterrichtseinheiten, die die LehrerInnen vom Tablet ablesen. Dafür muss Bridge Academies keine ausgebilde-



Foto: Julien Harnois / flickr, CC BY-SA 2.0

Haben gut qualifizierte Lehrer in diesem System eine Zukunft?

CDC und die US-Regierungsagentur zur Förderung von US-Investitionen im Ausland OPIC fördern Bridge Academies. Es ist nicht das einzige for-profit-Unternehmen, das staatliche Entwicklungsgelder abgreift. Auch die britischen Omega Schools, die in Ghana rund 40 Schulen betreiben, erhielten Geld vom britischen Entwicklungsministerium. In beide Firmen investieren auch die Wichtigsten aus dem Who is Who der Wirtschaft: Google und der britische Bildungskonzern Pearson bei Omega Schools. Facebook, eBay und Microsoft bei Bridge Academies. Ihr Ansatz – Impact Investing – will die finanziellen Interessen des Investors mit dem erhofften Beitrag zum sozialen Wandel in Einklang bringen.

Die Vereinten Nationen gehen davon aus, dass auf diese Weise bis 2013 insgesamt acht Milliarden US-Dollar in Afrika investiert wurden. Für internationale Firmen ist der Kontinent zunehmend attraktiv. 60 Milliarden US-Dollar, das Doppelte der staatlichen Entwicklungshilfe aller EU-Länder für Afrika, investierten ausländische Unternehmen 2014. Die Summe hat sich seit 2000 verfünffacht. Als Grund dafür nennen Weltbank und Firmenchef unisono: Der afrikanische Absatzmarkt – heute schon eine Milliarde Menschen – wächst, und mit ihm eine kaufkräftige Mittelschicht. „Der Moment des Handelns ist jetzt“, appellierte der Vize-Präsident für Afrika der Weltbank, Makhatari Diop, vergangenen Sommer an Investoren.

Der afrikanische Absatzmarkt – heute schon eine Milliarde Menschen – wächst, und mit ihr eine kaufkräftige Mittelschicht.



Foto: Neil Brantford / USAID / flickr, CC BY-NC 2.0

Es geht um ihre Zukunft: Schülerin in Monrovia, Liberia

stehen selbst die staatlichen Kernaufgaben zum Verkauf. Staatliche Bildungsziele ordnen sich Renditeerwartungen ausländischer Investoren unter.

Das zumindest befürchtet Kishore Singh. Der UN-Sonderberichterstatter für das Menschenrecht auf Bildung hält es für „absolut inakzeptabel“, dass Liberia einen Teil seines Schulsystems privatisiert. Liberia, schreibt Singh auf der Website der UN-Menschenrechtskommission, verletze seine „rechtlichen und moralischen Verpflichtungen“.

ten Pädagogen einstellen. Das senkt Personalkosten und ermöglicht den niedrigen Preis.

Trotz der Kritik aus Uganda und Kenia am didaktischen Modell und der for-profit-Orientierung des Konzerns wird das Schulmodell im globalen Norden als Instrument der Entwicklungshilfe gefördert. 2014 gab die zur Weltbank gehörende International Finance Corporation (IFC) dem Unternehmen einen Kredit über 10 Millionen US-Dollar. Auch die britische Entwicklungsbank

Der Absatzmarkt dürfte auch bei den Geldgebern von Bridge Academies eine Rolle spielen. An liberischen Vor- und Grundschulen werden künftig tausende Android Smartphones und Tablets zum Einsatz kommen. Darüber werden Facebook, Microsoft oder eBay sicher nicht klagen.

Ralf Pauli

Der Berliner Journalist reist regelmäßig nach Asien.



Mehr Lecks, höhere Preise – So geht es nicht

Die Privatisierung der Wasserversorger in vielen Städten weltweit war eine ganz schlechte Idee. Nun wird sie zurückgedreht. Das kann kosten.

Rolle rückwärts. Nachdem in den 1990er Jahren weltweit reihenweise Wasserversorger privatisiert wurden – häufig auf Druck von Weltbank und des IWF –, geht es heute in Richtung Re-kommunalisierung. Hunderte von Fällen belegen, dass die Versprechungen der Liberalisierung schlicht falsch waren. Sie lauteten, private Investoren seien effektiver und würden mehr Geld für Rohre und Pumpen ausgeben, so dass auch die Armen in den Genuss frischen Trinkwassers kämen. Tatsächlich aber wurde das Wasser in vielen Fällen teurer, die Anlagen maroder. So entschlossen sich viele Städte, die Sache nach Auslaufen der Konzessionsverträge wieder selbst in die Hand zu nehmen. Dutzende erzwangen sogar eine vorzeitige Vertragsauflösung – obwohl das meist mit hohen Schadenersatzzahlungen einherging. Von diesen hundertfachen Erfahrungen unbeeindruckt zeigt sich die EU-Troika: Sie verlangt derzeit von Griechenland, als Gegenleistung für neue Kredite die Wasserwerke von Athen und Thessaloniki zu verkaufen.

Die Public Services International Research Unit (PSIRU) hat kürzlich eine weltweite Übersicht veröffentlicht: Seit dem Jahr 2000 wurden 180 Privatisierungen von Wasserversorgern rückgängig gemacht – mit deutlich steigender Tendenz. Der größere Teil der Fälle betrifft die USA und Europa, aber auch 44 Städte im globalen Süden stehen auf der Liste.

In Indonesiens Hauptstadt Jakarta waren der französische Wasser-Multi Suez und der britische Konzern Thames Water im Jahr 1997 ins Geschäft eingestiegen. Der Vertrag garantierte ihnen halbjährlich steigende Einnahmen für die Betriebsführung – während die schon zuvor durch extrem hohe Wassergebühren gebeutelten EinwohnerInnen zunächst nicht mehr zahlen müssen sollten. Die Folge: ein immer größeres Loch in der Kasse der öffentlichen Wassergesellschaft Pam Jaya. Entgegen den Ankündigungen blieben 40 Prozent der StadtbewohnerInnen weiterhin ganz ohne Wasseranschluss, die Zahl der Lecks in den Leitungen stieg dramatisch und der Preis für einen Kubikmeter Frischwasser war plötzlich viermal



Protest gegen die Wasserprivatisierung im philippinischen Davao City

so hoch wie in anderen indonesischen Städten. Ein Bürgerbegehren verlangte die Rückabwicklung des Konzessionsvertrags. Im Frühjahr 2015 hatte der Protest Erfolg. Das zentrale Gericht des Distrikts annullierte die Privatisierungsverträge. Sie verstießen gegen das Menschenrecht auf Zugang zu Wasser, so die Richter. Kurz zuvor hatte Indonesiens Verfassungsgericht bereits das Gesetz aus Zeiten der Suharto-Diktatur kassiert, auf dessen Grundlage der Privatisierungsvertrag zustande gekommen war.

Weltbekannt wurde der sogenannte Wasserkrieg von Cochabamba. In der bolivianischen Stadt wollte der US-Konzern Bechtel 2000 die Versorgung übernehmen. Als erste gingen Slumbe-

wohnerInnen auf die Straße, bald schlossen sich Mittelschichtler aus dem Stadtzentrum an, ebenso Landwirte aus der Umgebung. Monatelange Massenproteste zwangen die Regierung, den Privatisierungsvertrag rückgängig zu machen. Doch das nun zuständige staatliche Unternehmen Semapa erfüllt die Hoffnungen der Slumbewoh-

nerInnen nicht. Es fehlt ihm aufgrund von Korruption und Misswirtschaft am nötigen Kapital, um die Südbezirke an das Netz anzuschließen. So müssen die Armen weiterhin schlechtes Wasser für viel Geld von Tanklastern kaufen.

Dass es auch anders laufen kann, belegt Buenos Aires, für dessen Großraum die Regierung 1993 einen Konzessionsvertrag mit einer Laufzeit von 30 Jahren geschlossen hatte. Auf diese seinerzeit größte Wasserprivatisierung hatte die Weltbank gedrängt. Auch hier stiegen die Wasserpreise bald, die versprochenen Investitionen ins Netz verzögerten sich. Nach zahlreichen gerichtlichen Auseinandersetzungen und hohen Schadenersatzzahlungen an den französischen Konzern Veolia gelang es der Verwaltung, die Aufgaben 2006 einem neu gegründeten Wasserversorger zu übertragen. Die AySA gehört zu 90 Prozent der öffentlichen Hand und zu 10 Prozent Gewerkschaften. Auf ihrer Prioritätenliste ganz oben steht, bis 2020 alle Außenbezirke mit Wasser zu versorgen. Dabei geht AySA auch ganz neue Wege: Die BewohnerInnen betroffener Viertel werden aktiv einbezogen, seit 2007 gibt es Trainingsprogramme für ArbeiterInnenkooperativen. Auch die Stammbelegschaft ist nicht nur gewachsen, sondern wird auch besser fortgebildet als in Veolia-Zeiten, so dass sich die Hygiene verbessert und die Produktivität erhöht hat.

Annette Jensen



Erinnerung an den Wasserkrieg in Cochabamba – „Das Wasser gehört dem Volk“

Die Berliner Journalistin beobachtet seit langem die Entwicklungen auf dem internationalen Wassermarkt.



Nagelprobe Textilbündnis

Wie müssen sich Politik, Verbände und Unternehmen arrangieren, wenn sie gemeinsam Arbeits- und Sozialstandards entwickeln wollen?

Seit dem Unglück der Textilfabrik von Rana Plaza in Bangladesch vor drei Jahren steht die Bekleidungsindustrie weltweit unter Beobachtung. Wie schlecht ist der bauliche Zustand der Fabriken, wie steht es um den Brandschutz, die Löhne, die Gesundheitsversorgung der Näherinnen? All diese Fragen liefern immer wieder Schlagzeilen und waren der Grund dafür, dass Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) im Herbst 2014 das Bündnis für nachhaltige Textilien ins Leben rief.

Nach einem turbulenten Start arbeiten inzwischen alle wesentlichen Akteure der deutschen Textilindustrie in verschiedenen Arbeitsgruppen; erste Ergebnisse für Themen wie „existenzsichernde Löhne“ oder „Chemikalieneinsatz“ werden im Herbst erwartet. Doch wie lässt sich beispielsweise die Sicherheit der Textilarbeiterinnen konkret verbessern?

„Arbeitsschutz muss täglich im Betrieb umgesetzt werden“, sagt Frank Zach. Der Referatsleiter für Internationale und Europäische Gewerkschaftspolitik im DGB sitzt als stellvertretender Moderator im Steuerungskreis – dem Lenkungsgremium des Textilbündnisses. In Deutschland werde die Verhütung von Unfällen in den Be-

trieben als Aufgabe begriffen, für die Staat, Unternehmen und Belegschaft gemeinsam verantwortlich seien. Zwar lasse sich das System aus Arbeitsschutzgesetzen und Berufsgenossenschaften nicht ohne weiteres übertragen, so Zach, „das Zusammenspiel von Belegschaft und Unternehmen aber schon“. Vorstellbar sei etwa, dass mit Mitteln der Entwicklungshilfe in Trainingsprogrammen MitarbeiterInnen in Arbeitssicherheit geschult würden.



Foto: Asian Development Bank/flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Auch ein Ausbau des Straßennetzes würde die Arbeitssicherheit der Näherinnen erhöhen

Auch die „finanzielle und planerische Unterstützung von Infrastrukturprojekten in Fertigungsländern könnte die wirtschaftliche Entwicklung befördern“, sagt Nico Kemmler, Prokurist des Hemdenherstellers Seidensticker. Er ist auch für die Nachhaltigkeit in dem Bielefelder Traditionsunternehmen zuständig und sitzt ebenfalls im Steuerungskreis des Textilbündnisses. Infrastrukturprojekte könnten zum Beispiel Investitionen sein, um die Gebäude sicherer zu machen oder das Straßennetz auszubauen. „Das hat ganz praktische Hintergründe“, sagt Kemmler, „weil so im Falle eines Brandes die Feuerwehr schneller zur Fabrik gelangen würde als jetzt“.

Beispiele für Projekte öffentlicher und privater Zusammenarbeit in der Entwicklungszusammenarbeit gibt es auch in der Textilbranche schon jetzt: In einem Pilotprojekt der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit und Tchibo wurden zwischen 2007 und 2012 insgesamt 18 Trainer ausgebildet – unter anderem darin, eigenständig Maßnahmen zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen zu entwickeln. Laut dem Hamburger Handelskonzern war das Programm ein erfolgreicher Versuch, habe er

doch die Qualität der Produktion gesteigert, die Unfallzahlen gemindert und so insgesamt die Kosten gesenkt.

Das Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung fördert eine solche Zusammenarbeit in dem Programm „develoPPP“. Seit 1999 hat das Ministerium an rund 1.500 Projekte knapp 900 Millionen Euro verteilt. Die Erfahrungen daraus sollen nun auch in das Textilbündnis eingehen, auch wenn dort der Ansatz ein anderer sei: „Das Textilbündnis zielt darauf ab, nachhaltige, ökologische und soziale Standards in der Lieferkette der Textilindustrie zu verankern“, teilt das Ministerium mit. „Es bringt alle maßgeblichen AkteureInnen zusammen, um diese Standards Schritt für Schritt auf den Weg zu bringen.“ Nicht mitgelieferter Subtext: Die Bundesregierung versteht sich als Initiator und Moderator des Prozesses, doch die Unternehmen sollen selber dafür sorgen, dass sie anständig produzieren – und dafür letztlich auch zahlen.

„Das Textilbündnis zielt darauf ab, nachhaltige, ökologische und soziale Standards in der Lieferkette der Textilindustrie zu verankern.“

Zach hält aus der Entwicklungshilfe finanzierte Bildungsprojekte von ArbeitgeberInnen und Gewerkschaften vor Ort trotzdem für sinnvoll: „Die Kultur, Tarifverhandlungen zu führen, muss erlernt werden“, sagt er. Außerdem könne die Bundesregierung solche Prozesse auf politischer Ebene begleiten, indem sie Gespräche etwa über das Streik- oder Versammlungsrecht führe.

Im Textilbündnis rumort es unterdessen: Kritiker von einst, etwa aus der Zivilgesellschaft, loben zwar inzwischen die ernsthafte Diskussionskultur in den Arbeitsgruppen und geben dem Bündnis die Chance, zu Ergebnissen zu gelangen. Ein erstes Unternehmen ist allerdings wieder ausgestiegen: MDC Sportswear aus dem Städtchen Immenstadt im Allgäu. Laut dem Branchenblatt „Textilwirtschaft“ wettete Geschäftsführer Michael Pfister in einem wütenden Brief an Minister Müller, die Ziele von KiK, Tchibo, Primark und Co seien unvereinbar mit den eigenen. Seit Gründung der Initiative 2014 habe sich gar nichts getan, so Pfister. Die Textilindustrie steht also zu Recht weiter unter der kritischen Beobachtung der Öffentlichkeit.

Heike Holdinghausen



Die Autorin veröffentlichte 2015 im Westend Verlag das Buch „Dreimal anziehen, weg damit. Was ist der wirkliche Preis für T-Shirts, Jeans und Co?“

„Arbeitsschutz muss täglich im Betrieb umgesetzt werden.“



Foto: Asian Development Bank/flickr, CC BY-NC-ND 2.0

Näherinnen in einer Fabrik in Shewrapara, Dhaka



„Freiwilligkeit der Unternehmen bringt nicht viel“

Die Bundesregierung will in Kürze ihren nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte veröffentlichen. DGB-Referatsleiter Frank Zach fordert ein Gesetz, um Unternehmen zur Einhaltung der Menschenrechte bei ihren Zulieferern zu verpflichten.

Nord|Süd news: Weltweit tätige Unternehmen sollen künftig nicht mehr gegen die Menschenrechte verstoßen. Das will die Bundesregierung mit einem nationalen Aktionsplan festschreiben. Warum plädieren Sie dafür, dass es zusätzlich ein Gesetz geben muss?

Frank Zach: Wir glauben nicht mehr daran, dass freiwillige Selbstverpflichtungen der Unternehmen viel bewegen. Früher war das teilweise anders. Da nahm man an, Konzerne würden die Arbeitsbedingungen in ihren Zulieferketten aus eigenem Interesse verbessern. Leider trog diese Hoffnung. Ein schreckliches Beispiel dafür war 2013 der Zusammenbruch des Fabrik-Komplexes Rana Plaza in Dhaka, Bangladesch. Dabei starben über 1.100 ArbeiterInnen, die Textilien auch für deutsche Geschäfte gefertigt hatten.

Smartphones werden in China oft von Beschäftigten zusammengesetzt, die 70 oder 80 Stunden pro Woche arbeiten – weit mehr als die zulässige Maximalarbeitszeit. Was muss konkret in einem deutschen Gesetz stehen, um solche Missstände auszuschließen?

Der Text könnte sich auf die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) beziehen, die 60 Stunden als längste Arbeitszeit pro Woche festlegen. Die Smartphone-Konzerne beispielsweise müssten ihre Zulieferer dann verpflichten, diese Grenze einzuhalten. Außerdem sollten sie das überprüfen und nachweisen.

Das Gesetz würde Unternehmen zwingen, die Menschenrechte in ihren weltweiten Produktionsketten durchzusetzen. Was passiert, wenn sie das nicht tun?

Der Bundestag sollte Strafen für die Fälle festsetzen, in denen sich Unternehmen nicht an die Regeln halten. Ein weiterer Mechanismus besteht darin, die unternehmerische Sorgfaltspflicht gesetzlich genauer zu definieren. Firmen müssten sich dann aktiv um bessere

Arbeitsbedingungen bemühen. Unterlassen sie das, haften sie für Schäden. Damit bekommen ArbeiterInnen aus Zulieferbetrieben in anderen Ländern ein stärkeres Klagerecht vor deutschen Gerichten.

Überlebende eines Feuers in der Textilfabrik Ali Enterprises in Pakistan im Jahr 2012 verklagen derzeit das Textilunternehmen Kik vor dem Oberlandesgericht Dortmund. Sie fordern jeweils 30.000 Euro Schadensersatz. Das ist jetzt schon möglich. Was würde ein Gesetz da ändern?

Heute ist es für Beschäftigte aus weit entfernten Zulieferfabriken sehr schwierig, sich hierzu-lande Recht zu verschaffen. Denn die Haftung des Auftraggebers für die Zustände bei den Lieferanten ist nicht eindeutig geregelt. Das wollen wir ändern. Die Firmen erhielten damit auch verlässliche Rahmenbedingungen, an denen sie sich orientieren können.

Haben Sie den Eindruck, dass solch ein Gesetz kommt?

Wir sehen positive Zeichen. Nicht umsonst hat Bundeskanzlerin Angela Merkel das Thema „besserer Arbeitsbedingungen in den Wertschöpfungsketten“ beim G7-Gipfel in Elmau 2015 auf die Tagesordnung gesetzt. Andererseits hat die Union einen starken Wirtschaftsflügel, der strengere Regeln verhindern möchte. Ich hoffe jedoch, dass die Bundesregierung mutig genug ist.

Es würde nicht nur um private, sondern auch um Unternehmen gehen, die teilweise in Staatsbesitz sind. Warum ist das nötig?

Die Vereinten Nationen verpflichten nicht nur die Unternehmen, sondern zuerst die Staaten, die Menschenrechte durchzusetzen. Dies gilt unserem Verständnis nach besonders dann, wenn der Staat selbst wirtschaftlicher Akteur ist. Sind Firmen in öffentlichem Besitz, sollten sie also hohe Standards erfüllen. Leider registrieren wir mitunter das Gegenteil. So hat die Tochter der Deutschen Telekom in den USA jahrelang die Gründung einer Betriebsgewerkschaft verhindert. In solchen Fällen erwarten wir, dass die VertreterInnen des Staates im Aufsichtsrat sich auch für die Rechte der Beschäftigten im Ausland einsetzen.

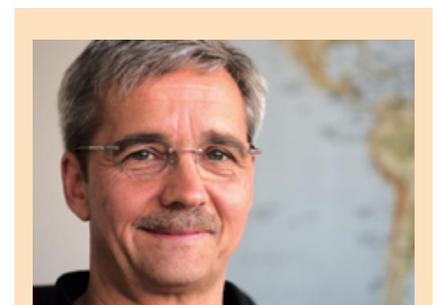


Die Konzerne sind auch dafür verantwortlich, dass ihre Zulieferer die Menschenrechte einhalten: Kampagne gegen die Arbeitsbedingungen beim Apple-Zulieferer Foxconn

Höhere menschenrechtliche Standards verteuern die Produktion in Entwicklungs- und Schwellenländern. Was sagen Sie Firmen in Bangladesch oder Vietnam, die befürchten, ihren europäischen Markt infolge von Preiserhöhungen zu verlieren?

Die Menschenrechte sind universell. Sie gelten für alle und müssen eingehalten werden. Außerdem bewirken bessere Arbeitsbedingungen in der Textilproduktion nur Kostensteigerungen von einigen Cent pro Kleidungsstück. Bei Smartphones sind es wenige Euro. Solche Beträge verkraften Firmen mühelos. Auch für die VerbraucherInnen stellen sie keinen nennenswerten Nachteil dar.

Das Interview führte Hannes Koch



Frank Zach (55) ist Referatsleiter für Internationale Gewerkschaftspolitik beim DGB-Bundesvorstand. Er vertritt den DGB bei den Vorbereitungen für den nationalen Aktionsplan. Mit diesem will die Bundesregierung die Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte umsetzen. Zach kümmert sich beim DGB um das Thema Globale Wertschöpfungsketten, die Regionen Asien, Osteuropa und den Paneuropäischen regionalen Gewerkschaftsrat des Internationalen Gewerkschaftsbundes (ITUC-PERC). Er hat Volkswirtschaftslehre studiert.

Mehr Infos: Gutachten im Auftrag von Oxfam, Brot für die Welt, Germanwatch und Amnesty International: www.germanwatch.org/de/11970



Neue Broschüre „Moderne Sklaverei“

Nach Zahlen der ILO leben global heute mehr als 21 Millionen Menschen in Sklaverei, sklaverei-ähnlichen Bedingungen und Zwangsarbeit, was heisst, dass zu einem einzigen Zeitpunkt in der Geschichte – mehr Menschen betroffen sind als während drei Jahrhunderten transatlantischen Sklavenhandels. In Europa – ja, auch hier – leben in absoluten Zahlen die meisten SklavInnen in der Türkei: 185.500 Menschen. Dahinter verbirgt sich eine hohe Anzahl an Kinderheiraten, Zwangsarbeit und Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung. Auch in Polen ist moderne Sklaverei relativ stark verbreitet, die zum Teil auf der Ausbeutung billiger Arbeitskräfte aus anderen osteuropäischen Staaten sowie aus Südostasien basiert. Moderne Sklaverei – Nicht tolerierbar, nicht akzeptabel und nicht verhandelbar – ein wichtiges Thema für GewerkschafterInnen und für unsere Broschüre:

www.nord-sued-netz.de/medien/material-bestellen



SDGs: Jetzt sind wir dran!

Im September 2015 haben die Vereinten Nationen die 2030-Agenda mit den Zielen für Nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals) verabschiedet. Jetzt wird es ernst: Die Mitgliedstaaten müssen Pläne erarbeiten, wie sie diese Ziele umsetzen wollen – auch Deutschland! Wie das aussehen sollte, darüber diskutieren VertreterInnen entwicklungspolitischer Verbände und Organisationen vom 10. bis 11. Mai

auf einer Konferenz in Berlin. Dabei geht es zum einen darum, die Erwartungen zivilgesellschaftlicher AkteurInnen aus Ländern des globalen Südens kennen zu lernen, zum anderen sollen konkrete Indikatorenvorschläge für die nationale Ebene erarbeitet werden.

Mehr Informationen: www.venro.org

Die Welt der Rohstoffe

Science Fiction bringt es oft auf den Punkt: Ohne Rohstoffe geht gar nichts. Die einen brauchen sie und wollen sie billig, aber auch unter gesicherten Verhältnissen bekommen – die anderen wollen sie zu mindestens fairen Preisen verkaufen, tragen aber auch die sozialen und ökologischen Folgen von Berg- und Tagebauen. Macht- und Verteilungsfragen stellen sich deshalb sowohl global als auch in den Herkunftsländern. Eine wichtige Rolle spielt dabei der weltweite Handel. Wie die aktuelle Politik hier demokratische Spielräume einschränkt und wirtschaftliche Interessen durchsetzt, zeigt eine neue Studie der NGO Powershift mit dem Titel „Alles für uns? Der globale Einfluss der europäischen Handels- und Investitionspolitik auf Rohstoffausbeutung“.

Download: www.powershift.de/wordpress/wp-content/uploads/2016/02/Alles-für-uns_webversion.pdf

Union Busting in Kambodscha

Gewerkschaften haben es in Kambodscha traditionell schwer. Doch nun plant die Regierung ein neues Gesetz, das ihre Möglichkeiten noch deutlich weiter einschränken soll. Unter anderem begrenzt es das Streikrecht, legitimiert staatliche Eingriffe in Gewerkschaftsangelegenheiten und erlaubt Dritten, die Auflösung von Gewerkschaften zu fordern. Zugleich sieht es nur minimale Strafen für ArbeitgeberInnen vor, die gegen Arbeits- und Sozialstandards verstoßen. Friedliche Gewerkschaftsdemonstrationen dagegen ließ die Regierung blutig niederschlagen. Der Internationale Gewerkschaftsbund protestiert gegen diese Aktion und das Gesetz. Generalsekretärin Sharan Burrow warnte die Regierung, Kambodscha werde vor allem in der dominierenden Textilindustrie weltweit den Anschluss verlieren. „Die großen Konzerne wissen inzwischen, dass es bei ihren Kunden nicht gut ankommt, wenn die Produktion unter inhumanen Bedingungen stattfindet und ArbeiterInnenrechte missachtet werden“, sagte sie.

Showdown bei TTIP und CETA

Wird es noch was mit dem transatlantischen Freihandelsabkommen TTIP, bevor die USA ihre ambitionierte Politik einstellen, um sich mit sich selbst, sprich: den Präsidentschaftswahlen zu beschäftigen? Das entscheiden die kommenden Wochen. Die womöglich weichenstellenden Verhandlungen stehen im Juni an. Aber auch beim europäisch-kanadischen Vertrag CETA ist glücklicherweise noch längst nicht alles eingetütet. Wer ganz nah dran sein und auch gerne tief in die Materie einsteigen will, ist derzeit beim Journalistenprojekt correctiv an der richtigen Stelle. Auf deren Webseite finden sich öffentliche und geleakte Papiere und Materialien, mehrere KollegInnen versuchen ständig, die neueste Informationen zusammenzutragen.

www.correctiv.org/recherchen/ttip



Foto: © Ruben Neugebauer/Campact/flickr, CC BY-NC 2.0

Klare Ansage zum transatlantischen Freihandelsabkommen

IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk e.V.
 Vorsitzende: Elke Hannack
 Geschäftsführerin: Claudia Meyer
 Verantwortlich: Jens Martens
 Redaktion: Hanna Gersmann, Beate Willms
 Satz: Achim Konopatzki
 DGB Bildungswerk BUND
 Nord|Süd-Netz
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf
 Tel.: 0211/4301-333, Fax: 0211/4301-500
 nord-sued-netz@dgb-bildungswerk.de
 www.dgb-bildungswerk.de
 www.nord-sued-netz.de

Spendenkonto: Nord LB, Hannover
 IBAN: DE30 2505 0000 0152 0125 22
 SWIFT-BIC: NOLADE2HXXX

Der Herausgeber ist für den Inhalt allein verantwortlich.
 Die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH und dem BMZ wieder.

Gefördert von ENGAGEMENT GLOBAL im Auftrag des





2016

Moderne Sklaverei. Nicht tolerierbar, nicht akzeptabel und nicht verhandelbar

Nach Zahlen der ILO leben global heute mehr als 21 Millionen Menschen in Sklaverei, sklavereiähnlichen Bedingungen und Zwangsarbeit, was heisst, dass zu einem einzigen Zeitpunkt in der Geschichte – mehr Menschen betroffen sind als während drei Jahrhunderten transatlantischen Sklavenhandels.

In Europa – ja, auch hier – leben in absoluten Zahlen die meisten SklavInnen in der Türkei: 185.500 Menschen. Dahinter verbirgt sich eine hohe Anzahl an Kinderheiraten, Zwangsarbeit und Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung. Auch in Polen ist moderne Sklaverei relativ stark verbreitet, die zum Teil auf der Ausbeutung billiger Arbeitskräfte aus anderen osteuropäischen Staaten sowie aus Südostasien basiert. Und soll niemand sagen, dass diese in Formen wie Arbeitsausbeutung, Zwangsprostitution nicht auch in Deutschland existieren und uns Gewerkschaften herausfordern.



Broschüre DIN A4, 76 Seiten

2015/2016

Ohne Not flieht niemand! Flucht – Asyl – Migration und Menschenrecht heute

Warum verlassen Menschen ihre Heimat, wandern aus, fliehen? Und was ist der Anteil der Länder des Nordens daran? Wie organisiert man eine humanitäre Aufnahme von Geflüchteten, wie sieht eine ernstzunehmende Integration aus? Im öffentlichen Diskurs sind diese Fragen längst von neuen Abschottungsstrategien in den Hintergrund gedrängt worden. Das DGB Bildungswerk BUND will sie mit dieser Broschüre wieder in den Mittelpunkt rücken.

Unter dem Titel „Ohne Not flieht niemand. Flucht – Asyl – Migration und Menschenrecht heute“ geht es darin um die Ursachen von Flucht und Vertreibung sowie den Zusammenhang zwischen Migration und nachhaltiger Entwicklung. Asylpolitik und die Migrationsagenda der EU werden kritisch analysiert und Alternativen aufgezeigt.



Broschüre DIN A4, 60 Seiten

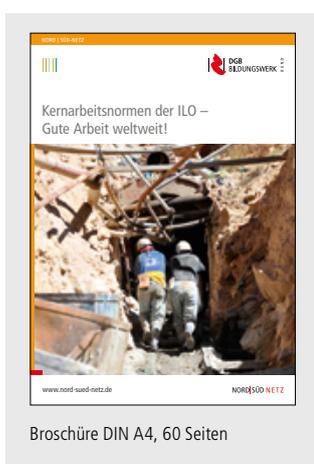
Um Printmaterialien zu bestellen, bitte hier klicken

2014

Kernarbeitsnormen der ILO – Gute Arbeit weltweit!

Jeder zweite Arbeitsplatz, der heute in Deutschland entsteht, ist prekär, das heißt: sozial und arbeitsrechtlich nicht abgesichert und oft nicht existenzsichernd. Es handelt sich um befristete oder erzwungene Teilzeitarbeit, Leiharbeit, Arbeit mit Werkverträgen oder auch Arbeit im informellen Sektor. Weltweit müssen bereits bis zu 30 Millionen Menschen unter sklavenähnlichen Bedingungen arbeiten. Besonders gefährdet, in solche Arbeits- und Ausbeutungsverhältnisse hineinzurutschen, sind Frauen und junge Menschen, sogar Kinder.

Wie Menschen damit leben, was lokale und globale Handlungsoptionen, wer die Akteure sein können, um diesen massiven Trend zur Prekarisierung zu stoppen und umzudrehen, fasst die Broschüre „Kernarbeitsnormen der ILO – Gute Arbeit weltweit!“ zusammen.



Broschüre DIN A4, 60 Seiten

Flipbook zum Durchblättern

2012/2013

Weltweiter Verteilungskampf um Ressourcen – Rohstoffe, Wasser, Energie

Unverhohlen verfolgt die Europäische Kommission mit ihrer Rohstoffinitiative von 2008 (Raw Materials Initiative) einen neoliberalen, den Interessen der Wirtschaft dienenden Kurs. Europa droht, sich damit in die Phalanx der ökonomisch aggressiven, einseitig auf Versorgungssicherheit ausgerichteten Staaten einzureihen. Damit unterscheidet sich Europa nur noch graduell von Staaten wie China, den Vereinigten Staaten und Kanada. Neben den Staaten agieren zunehmend auch die privaten Unternehmen in dem großen Spiel.

Mit ihren privaten wie staatlichen Rohstoffagenturen beuten sie im globalen Stil und im Einklang mit den nationalen Macht- und Geldeliten deren nationale Ressourcen zu Ungunsten der lokalen Bevölkerung aus.



Broschüre DIN A4, 60 Seiten

Flipbook zum Durchblättern